

# Schönburger Tageblatt

Erscheint werktäg. Nachm. Bezugspreis monatlich im voraus 150 R.-Pfg. freibl. auschl. Erägerl. Einzelne Nr. 10 Reichspf., Sonntags-Nr. 30 R.-Pf. Anzeigenpreise: 6 gesp. Petitzeile 0,15 R.-Markt, 8. außerhalb des Bezirkes 0,20 R.-Markt, 3 gesp. Reklamezeile 0,45 R.-Markt, Hinweise auf Anzeigen und Eingefandte 0,10 R.-Markt, Nachweise und Offertengebühr 0,20 R.-Markt, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

## Waldenburger Anzeiger

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlichten zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Verantwortlich für Redaktion, Druck und Verlag E. Kästner in Waldenburg Sachsen. Mitglied des Sächsischen und des Deutschen Zeitungsverleger-Vereins (S. V.) - Verlagsort Waldenburg Sachsen.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am. Zuschlag am. Ausgabe nachmittags 1/3 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Erfüllungsort Waldenburg. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Esche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penzig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Maschinenbruch, Störungen im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Erhalt der Zeitung ohne Rückzahlung des Bezugspreises. Für Richtigkeit der durch fremde Fehler ausgegebenen Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr.

Bugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 181

Freitag den 5. August 1927

50. Jahrgang.

## Gerüchte über Aufruhr in Weißrußland.

Amtlicher Teil.

### Stochholz-Bersteigerung.

Die auf den Kahlschlägen des Revieres anstehenden Stöcke sollen gegen Barzahlung versteigert werden und zwar:

**Sonnabend, den 6. August d. J., nachm. von 3 Uhr an auf dem Kahlschlag Abt. 19 im Hellmannsgrund, nachm. von 5 Uhr an auf dem Kahlschlag Abt. 28 im Callenberger Holz und anschließend das auf diesen Schlägen noch stehende Restig in Wellenhundert.**

**Sonntag, den 7. August d. J., vormittags von 8<sup>1/2</sup> Uhr an die auf dem Kahlschlag im Forst Abt. 4 anstehenden Stöcke.**

Fürstliche Forstrevierverwaltung und Rentamt Waldenburg.

Besprechungen über eine Besichtigung der deutschen Küstenbefestigungen sind im Gange.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Bohla ist aus der Partei ausgetreten.

Die Nachricht von einem Amnestie-Gesetzentwurf wird für unrichtig erklärt.

In Dessau wurden die Versuchsstübe mit 2 Zuckermaschinen wieder aufgenommen.

Prinz Max von Sachsen wurde in Freiburg (Schweiz) von einem schweren Unfall betroffen.

Der österreichische Nationalrat wurde geschlossen.

Über verschiedene Teile der Schweiz ging am Dienstag ein schweres Hagelwetter nieder.

In Norwegen trat am Dienstag ein heftiger Tornado auf.

In Vukrest ist es zwischen dem Ministerpräsidenten Bratiani und dem Regentensratsrat zu einem Konflikt gekommen.

Präsident Coolidge will nicht wieder kandidieren.

Waldenburg, 4. August 1927.

Schon seit Monaten beschäftigt sich die amerikanische Öffentlichkeit mit der Frage: wird Coolidge bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl wieder kandidieren oder nicht? Es gibt in Amerika ein ungeschriebenes Gesetz, wonach kein Präsident länger als zwei Wahlperioden hindurch, d. h. acht Jahre, amtierende dürfe. Die Verfassung selbst bestimmt darüber nichts, vielmehr ist danach die Wiederwahl unbeschränkt zulässig; aber die ungeschriebenen Gesetze üben oft einen stärkeren Zwang aus, als alle Gesetzesparagrafen, da sie im Volksempfinden tief eingewurzelt sind. Tatsächlich trifft dieses Gewohnheitsrecht auf den Fall Coolidge allerdings gar nicht zu. Gewählt worden ist Präsident Coolidge erst einmal. Das erste Mal wurde er durch den Tod Hardings Präsident, er selbst war nur als Vizepräsident gewählt worden; das ist ein Posten, der wenig Bedeutung hat, solange der Präsident lebt. Nach der amerikanischen Verfassung ist aber der Vizepräsident berufen, im Falle des Todes des Präsidenten die Präsidentschaft zu übernehmen. Es findet dann also keine Neuwahl statt, wie bei uns und in vielen anderen Republiken.

Einer neuen Kandidatur Coolidges stehen also auch nach dem amerikanischen Herkommen keine Hindernisse entgegen. Gleichwohl hat jetzt Coolidge der Presse eine Erklärung übergeben, daß er auf eine neue Kandidatur verzichte. Wenngleich es schon lange als zweifelhaft galt, ob Coolidge wieder kandidieren werde, ist die jegliche Erklärung doch ziemlich überraschend gekommen. Sie wurde auch in recht eigentümlicher, man kann vielleicht sagen: in echt amerikanischer Weise in Szene gesetzt. Präsident Coolidge hatte die Pressevertreter erjucht, ihn aufzusuchen. Bis unmittelbar vor der Konferenz hatte der Beamtenstab des Präsidenten nicht die geringste Kenntnis von dem Bevorstehenden. Als die Pressevertreter im Arbeitszimmer des Präsidenten erschienen waren, trat Coolidge an das Ende eines langen Tisches, forderte die Pressevertreter auf, sich in einer Reihe hinter ihn auf-

zustellen und sagte: Ich habe eine kurze Erklärung für Sie. Jedem Pressevertreter wurde darauf die mit Schreibmaschine auf kleinen Blättern geschriebene Erklärung übergeben. Als sie das Blatt entfalteten und hineinsahen, malte sich lebhaftes Erstaunen auf ihren Gesichtern. Die Zeitungsvertreter fragten darauf, ob Coolidge irgendeine Erläuterung abzugeben habe, was Coolidge verneinte. Der Vizepräsident General Daves erhielt Coolidges Ankündigung gleichfalls ohne Kommentar.

Es gilt für sicher, daß Coolidge niemanden um Rat gefragt hat, als er seine aufsehenerregende Erklärung vorbereitete. Von Anhängern des Präsidenten wurde später betont, daß die Tür zur Nominierung Coolidges durch seine Erklärung noch nicht geschlossen sei, wenn die Wählerversammlung ihn wählen sollte. Herald and Tribune, das führende republikanische Blatt New Yorks, schreibt, die Erklärung Coolidges, daß er auf die weitere Präsidentschaftskandidatur verzichte, erscheine auf den ersten Blick rätselhaft. Es sei jedoch zu erwarten, daß an Coolidge eine Aufforderung zu abermaliger Kandidatur gerichtet werden würde und daß Coolidge ihr Folge leisten werde. In republikanischen Kreisen scheint man also anzunehmen, daß sich Coolidge nur ein wenig ziert. Er will zu der neuen Kandidatur genötigt werden, sich aber nicht selbst anbieten.

Vielleicht ist es auch eine Rücksichtnahme auf gewisse Persönlichkeiten, die für die Präsidentschaftskandidatur in Frage kommen würden, falls Coolidge endgültig ausscheidet. In erster Linie ist dies der jetzige Handelssekretär Hoover, doch wird auch der Vizepräsident Daves genannt. Die Aussichten des letzteren wird man allerdings nicht allzuhoch einschätzen dürfen. Der Schritt vom Vizepräsidenten zum Präsidentschaftskandidaten ist fast ebenso schwer, wie es in unserer alten Armee der Schritt vom Vizefeldwebel zum etatsmäßigen Feldwebel war. Etwas anderes ist es natürlich, wenn, wie im Fall Coolidge, der Vizepräsident durch den Tod des Präsidenten austritt. Jedenfalls hieß es vor einiger Zeit auch schon einmal, daß Coolidge selbst eine Kandidatur Hoover begünstigt.

### Neue Willtür im Memelgebiet.

Schikanen gegen die Memeler Presse. Am Dienstag wurde dem Redakteur Warm vom „Memeler Dampfboot“, der als Vertreter seiner Zeitung auf Einladung der Hamburg-Amerika-Linie sich zu einer Pressefahrt mit dem Dampfer „New York“ nach Hamburg begeben wollte, vom litauischen Gouvernement das Visum verweigert, so daß er die Fahrt nicht antreten konnte. Ihm wurde erklärt, daß er wohl das Ausreisewisum, jedoch nicht das Wiedereinreisewisum erhalten könnte, was einer Verweigerung der Wiedereinreise und somit einer Ausweisung gleichkommt. An demselben Tage wurde der Frau des Chefredakteurs Leubner, die zur Beerdigung ihrer verstorbenen Mutter reisen wollte, das Visum verweigert. Bekanntlich waren Chefredakteur Leubner und Redakteur Warm vom „Memeler Dampfboot“, sowie Redakteur Brieskorn von der „Memelländischen Rundschau“ am 1. Januar d. J. ausgewiesen worden, doch war die Ausweisung auf Intervention der deutschen Regierung in Kowno bis auf weiteres aufgehoben worden. Eine Aufenthaltserlaubnis ist ihnen trotz Gesuches bisher nicht erteilt worden.

### Deutsch-chinesischer Zwischenfall.

Die Beschlagnahme des Dampfers „Bertram Rimmers“. Der deutsche Dampfer „Bertram Rimmers“ war am 20. Juli in Schanghai festgehalten und von einer chinesischen Marineabteilung durchsucht worden. Wie jetzt die Amtliche Nachrichten-Agentur in Nanjing meldet, sollen dabei 2950 Kisten Dynamit, 105 Kisten Zündhütchen und 50 Kisten Kisten entdeckt worden sein. Wie die Erklärung zum Schluß ausführt, ist der Dampfer, der nach Zeitungsmeldungen freigegeben worden sein soll, noch unter Beschlagnahme.

Wie hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich um 2200 Kisten Selnit, 105 Kisten Zündhütchen, 40 Kisten Selnit, 100 Faß schwarzes Sportpulver, die für eine deutsche und eine amerikanische Firma in Korea bestimmt waren, sowie um 500 Kisten Selnit, 10 Kisten Selnit, 250 Faß schwarzes Sportpulver für eine deutsche und eine amerikanische Firma in Kobe. Diese Ladung war in Wusung bestimmungsgemäß in Leichter überführt worden und sollte nach Lösung der Schanghai-Ladung wieder an Bord genommen werden.

Gegen die Behauptung der Schanghaier Lokalbehörde, daß die Sprengstoffe Kontrebande seien, hat das deutsche Generalkonsulat in Schanghai nachdrücklich Protest erhoben. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

### Mortuari te salutant.

Aussichtslose Kompromißversuche in Genf.

Neuter meldet aus Genf: Aus einigen Worten, die Lord Cecil gegenüber einem Korrespondenten des Reuterschen Bureaus fallen ließ, ist der Schluß zu ziehen, daß die Aussichten trübe sind. Lord Cecil zitierte den lateinischen Spruch: „Mortuari te salutant“, mit dem die römischen Gladiatoren in die Arena einzuziehen pflegten. Die im Begriff sind zu sterben, grüßen dich! Das sagt genug. Auch der neueste japanische Vermittlungsversuch scheint das Absterben der Genfer Konferenz nicht aufhalten zu können. Wie aus Washington gemeldet wird, sind die japanischen Vorschläge für ein vorläufiges Kreuzerabkommen, das bis 1931 gelten soll, im Staatsdepartement eingelaufen und sofort an das Marinedepartement zur Prüfung übersandt worden. Sie werden wahrscheinlich auch nach dem Sommersitz des Präsidenten in Rapid City übermittelt werden. Während der genauen Durchsicht der japanischen Vorschläge enthalten sich die amerikanischen offiziellen Kreise jeden Kommentars.

Die erste unverbindliche Stellungnahme in amtlichen Kreisen zu den Vorgängen schien nicht günstig zu sein, da allen Anzeichen nach die Gesamtkreuzertonnage, deren Gutheißung gewünscht wird, weit über das Maß hinausgeht, über das die amerikanische Delegation zu verhandeln gewillt ist. Insbesondere wurde im Staatsdepartement darauf hingewiesen, daß England 387 000 Tonnen Kreuzer fertigt oder im Bau habe und daß es weitere 680 000 Tonnen bewilligte. England würde also im Jahre 1931 eine Gesamttonnage von 455 000 Tonnen haben. Das sei erheblich mehr, als Amerika zu bauen beabsichtige. Es wird betont, daß Amerika jede Zahl über 300 000 für übertrieben halte. Es sei zwar bereit, bis 400 000 Tonnen zuzugestehen, wenn andere Bedingungen in bezug auf das Schiffsalter und die Kaliber erfüllt würden; aber gegenüber den jetzigen Vorschlägen müsse Amerika sich auf 300 000 Tonnen als Höchstmaß zurückziehen, besonders da Englands Berechnung des Schiffsalters ganz unannehmbar sei.

Kellogg berief sofort nach dem Empfang der Genfer Meldung der Associated Press den britischen Vize-Kontrahent und setzte ihm den Standpunkt der Regierung auseinander. Gegenüber den täglich sich wiederholenden Forderungen der New York World und anderer Blätter, daß Coolidge vermitteln und mit Baldwin in Buffalo sprechen solle, erfährt der Philadelphia Public Ledger aus Rapid City, daß der Präsident nicht die Absicht habe, mit Baldwin die Marinekonferenz zu besprechen, schon mit Rücksicht auf Japan, das eine solche Besprechung als Zurücksetzung empfinden könnte.

Da der demokratische Baltimore Sun in den letzten Tagen behauptete, daß die neuen englischen Vorschläge niedriger seien als die amerikanischen Zahlen und daher durchaus annehmbar wären, wurde im Staatsdepartement ausgeführt, daß die amerikanischen Vorschläge für Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote 640 000 Tonnen vorsahen, während England 737 500 Tonnen fordere. Dazu käme eine Verringerung des Schiffsalters von 20 auf 18 Jahre für große und auf 16 für kleine Kreuzer. England verlange also etwa 100 000 Tonnen mehr als Amerika. Von diesen